

Information nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die DSGVO verpflichtet mich, Sie bei der Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten wie folgt zu informieren:

Zweck der Datenverarbeitung

Einsatz von Bodycams durch den Ordnungsdienst des Amtes für Sicherheit und Ordnung

Personenbezogene Daten (Bildaufnahmen) werden mittels optisch-elektronischer Einrichtungen (Videoüberwachung, hier: Bodycam) verarbeitet. Der Einsatz der Bodycams ist auf den öffentlich zugänglichen Bereich beschränkt. Die Aufzeichnungen dienen der Verhinderung von Übergriffen auf Personen und der Beweissicherung.

Verantwortlicher

Stadt Troisdorf, Der Bürgermeister, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/9000, Fax. 02241/900 8030, E-Mail rathaus@troisdorf.de

Verantwortliche Dienststelle: Amt für Sicherheit und Ordnung (Amt 32)

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Stadt Troisdorf, Datenschutzbeauftragter, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/900 331, Fax. 02241/900 8331, E-Mail datenschutz@troisdorf.de

Rechtsgrundlage

Grundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit § 20 Datenschutzgesetz NRW.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (hier: Biometrische Daten) ist § 9 Abs. 2 Buchstabe g) DSGVO.

Kategorie der Daten

Bildaufzeichnung von Personen (Biometrische Daten im Sinne des Art. 9 Abs. 1 DSGVO)

Kategorie der betroffenen Personen

Bürger*innen
Mitarbeiter*innen

Form der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt mittels optisch-elektronischer Einrichtungen.

Datenübermittlung/Empfänger

Im Bedarfsfall werden die erhobenen Daten auf Anforderung an die Polizei, die Staatsanwaltschaft oder ein Gericht weitergegeben. Ansonsten verbleiben die Daten bei Amt 32.

Die Übermittlung der Daten an ein Drittland außerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums erfolgt nicht.

Speicherdauer

Die Aufzeichnungen werden zwei Wochen nach ihrer Aufzeichnung gelöscht.

Abweichungen können sich ergeben, wenn die Daten zur Gefahrenabwehr, zur Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten oder zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Maßnahmen auf Verlangen der betroffenen Person benötigt werden. Des Weiteren unterbleibt die Löschung, wenn der Grund zur Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange der von der Datenerhebung betroffenen Person beeinträchtigt werden oder die Daten zur Behebung einer bestehenden Beweisnot unerlässlich sind.

Betroffenenrechte

Sie haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind:

- Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO),
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO),
- Recht auf Löschung und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 17, 18 DSGVO),
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO),
- Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO),
- Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 57 Abs.1 Buchstabe f) DSGVO).

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, sich einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Auffassung sind, dass die Datenverarbeitung gegen geltendes Recht verstößt.

Aufsichtsbehörde für Nordrhein-Westfalen: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211/384240, Fax. 0211/3842410 E-Mail: poststelle@ldi-nrw.de.